

Bochum: Polizei - Kein Freund Kein Helfer

Von Sonti M., November 2025, 5 Minuten Lesezeit

Was ist passiert

In Bochum hat die Polizei in der Nacht vom 16. Auf den 17. November auf ein zwölfjähriges gehörloses Mädchen geschossen. Wie viele Schüsse das Mädchen trafen, ist noch nicht geklärt, wohl aber trafen sie das Mädchen in der Bauchgegend. Nach einer Notoperation auf einer Intensivstation am Montagmittag sei ihr Zustand kritisch, aber stabil.

Zuvor war die Zwölfjährige am Sonntag von den Betreuer:innen ihrer Wohngruppe als vermisst gemeldet worden, nachdem sie dort den ganzen Tag nicht anwesend war.

Gegen Mitternacht stieß die Polizei in der Wohnung der ebenfalls gehörlosen Mutter im Bochumer Stadtteil Hamme auf die Gesuchte.

Dazu, wie der Kontakt zu der Mutter verlief und ob eine Dolmetschende Person anwesend war, gibt es noch keine Auskunft.

Laut Polizeiangaben sei das Mädchen mit zwei Messern in der Hand auf die Beamt:innen zugegangen, woraufhin diese zu erst einen Taser gegen das Mädchen einsetzten und unmittelbar danach Schüsse feuerten.

Die Ermittlungen sollen von einer Mordkommission der Polizei Essen unter Leitung der Staatsanwaltschaft Bochum übernommen werden.

Diese Schüsse aus einer Dienstwaffe reihen sich ein an viele Schüsse, die von der Polizei in den vergangenen Monaten und Jahren auf unterdrückte Personen gefeuert und oft zum Mord wurden.

So wurde Lorenz A am Ostersonntag diesen Jahres in Oldenburg durch vier Schüsse von der Polizei ermordet.

Aus Neutralitätsgründen ermittelt die Polizei Delmenhorst in diesem Fall. Von Neutralität zu sprechen ist ein blanker hohn, so hat eben diese im März 2021 den Jugendlichen Qosay Saddam Khalaf ermordet und verschleppt die Ermittlungen zum Mord von Lorenz A massiv. Die Polizei Oldenburg ist währenddessen beschäftigt, gegen Lorenz A zu ermitteln - obwohl es verboten ist, gegen Verstorbene zu ermitteln.

Auch im fall der 12 Jährigen ist es lächerlich, von Neutralität bei den Ermittlungen zu sprechen, wenn es die Polizei selbst ist, die ermittelt.

Die Polizei Essen, sowie jede andere Polizeidirektion, in der Vergangenheit viel Polizeigewalt ausgetragen und wird es auch in Zukunft tun - gedeckt von wiederum anderen Polizeidirektionen.

Die Polizei - Schlägertrupp fürs Kapital!

Vor rund einem Jahr propagierte damalige Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), dass es „null Toleranz gegenüber Rechtsextremismus, Rassismus und anderen Formen von Menschenfeindlichkeit“ seitens der Polizei gibt und dass jeder derartige Vorfall deutliche Konsequenzen haben muss.

Statt den genannten deutlichen Konsequenzen gibt es für die Polizei hierzulande Immer mehr Genehmigungen und Zugeständnisse.

Seien es mehr Befugnisse zur Handyüberwachung, wie zum Beispiel durch die Ortung per „Stille SMS“, die geplante Einführung der biometrischen Gesichtserkennung zur Echtzeit-Überwachung von öffentlichen Räumen oder die vermehrte Ausstattung der Polizei mit Tasern - angeblich aus dem Grund, dass diese tödlichen Schusswaffengebrauch verhindern würden. Wie widerlich das ist, zeigt nicht zuletzt, dass auch vergangene Nacht ein Taser zum Einsatz kam, kurz bevor ein weiterer Polizist Schüsse auf ein zwölfjähriges Mädchen abgab!

Die Morde und Polizeigewalt an unseren Geschwistern häufen sich. Das ist Ausdruck einer BRD, welche als Resultat von Rechtsruck und Krise immer autoritärer wird.

Sie sind Ausdruck einer BRD, welche die Krise auf der Arbeiter*innenklasse abwälzt und sie – besonders Migrant:innen, Frauen, Queers und Menschen mit Behinderung als vulnerable Teile – mit Füßen tritt oder – wie in Bochum – mit Schüssen trifft.

Das wird umso verschärft indem der deutsche Staat im Rahmen der Aufrüstung, an allen Ecken und Enden Geld für soziale Einrichtungen kürzt, da er es lieber an anderer Stelle in neue Waffen für den Genozid in Gaza oder sein eigenes Aufrüstungsprogramm stecken möchte. Diese Kürzungen treffen zu allererst neben Frauen, Jugendlichen und Migrant:Innen v.a. Menschen mit Behinderung, welchen Notwendige Einrichtungen, sowie Unterstützungsangebote gekürzt werden. So stehen in NRW nach Kürzungen 30 Einrichtungen für Menschen mit Behinderung kurz vor der Schließung und drohen vollends wegzubrechen, da der Landschaftsverband Rheinland sich weigert, weiterhin die Personalkosten zu übernehmen. Diese sind nicht durch Zufall chronisch unterbesetzt und -finanziert – dieser Zustand ist ein Ausdruck für den Zweck, den diese Einrichtung zwangsläufig im Kapitalismus haben: die Menschen, die in ihnen wohnen bzw. von ihnen betreut werden, möglichst verwertbar für das Kapital zu machen und falls das nicht möglich sein sollte ihre „Kosten“ möglichst gering zu halten.

Wie sollte unser Kampf aussehen?

Im Kampf gegen ihre Gewalt müssen wir aufzeigen, dass diese Morde und Polizeigewalt im Allgemeinen keine „Ausrutscher“ einzelner, sondern das Ergebnis dieser rassistischen und ableistischen staatlichen Ordnung sind. Die Aufgabe der Polizei kann es gar nicht sein, irgendwen vor rassistischer und ableistischer Gewalt zu schützen, da dieser Staat und die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, auf die er sich stützt, von Rassismus und Ableismus direkt profitieren, durch Überausbeutung von Migrant:innen, in „Werkstätten“ für Menschen mit Behinderung auf dem sogenannten 2. Arbeitsmarkt, durch Hetze gegen Arbeitslose und Menschen mit psychischer Erkrankung und somit Spaltung von uns Arbeiter:innen und Jugendlichen. Gewalt gegen Menschen, die nicht so Funktionieren, wie es der Kapitalismus von ihnen erwartet, zählt zu den zentralen Aufgabenbereichen der Polizei: ob

es Schüsse auf ein gehörloses Mädchen sind, Gewalt gegen obdachlose Menschen oder Morde an BiBoC und Menschen mit Migrationshintergrund.

Als Revolutionär:innen treten wir dafür ein, dass wir eigenen militanten Selbstschutz organisieren. Wir müssen uns selbst gegen Rassist:innen, Ableist:innen und auch Polizist:innen verteidigen können. Letztlich fordern wir, den autoritären Polizeiapparat zu zerschlagen und durch Arbeiter:innenmilizen zu ersetzen, die aufgrund ihrer lokalen Verankerung in Räten demokratisch legitimiert und rechenschaftspflichtig sind.

Aber diese Perspektive bleibt radikale Träumerei, wenn wir nicht im Hier und Jetzt anfangen uns an den Orten zu organisieren, wo uns Rassismus, Ableismus und Polizeiwillkür tagtäglich betrifft. Es braucht Verankerungen an Schulen, Unis, Betrieben, Geflüchtetenunterkünften und an Werkstätten für Menschen mit Behinderung. Es braucht lokale Strukturen, die diese miteinander in den Vierteln verbinden.

Lasst uns diesen Kampf gemeinsam angehen. Von Trauer zu Wut zu Widerstand!

Wir fordern:

- Polizei aus dem DGB schmeißen! Bullen gehören nicht zur Arbeiter:innenklasse, sondern sind die Schlägertruppe des Kapitals!
- Kein Massenüberwachung z.B. durch, Vorratsdatenspeicherung, Bundestrojaner, Videoüberwachung usw.!
- Kein Racial Profiling und ein hartes Aburteilen von Bullen, die Racial Profiling anwenden!
- Schluss mit Ableismus in der Polizei und überall!
- Polizist:innen, die gewalttätig werden, sollen vor Volksgerichte gestellt und diese bei Bedarf abgeurteilt werden! Dafür müssen sie durch ein individuelles Erkennungszeichen identifizierbar sein!

- Keine Militarisierung der Polizei. Sofortige Entwaffnung der Polizei, vor allem was Taser, Maschinenpistolen, Knarren und Handgranaten angeht!
- Für demokratisch legitimierte und kontrollierte Selbstverteidigungsstrukturen der Arbeiter:innen, Jugendlichen und allen Unterdrückten des Kapitalismus!